

A Einführung

1 Einführung ins Thema

Die Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 (UNCED) hat dem Konzept der *nachhaltigen Entwicklung* zu weltweiter Beachtung verholfen. Der Brundtland-Bericht, in dem das Konzept grundsätzlich entwickelt wurde, versteht unter einer nachhaltigen Entwicklung eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generationen befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. (Brundtland-Bericht 1987:XV) Ursprünglich aus der Forstwirtschaft stammend, fand das Konzept zunächst hauptsächlich im Felde der Umweltpolitik Aufmerksamkeit. Seit Mitte der 1990er Jahre hat der Ansatz auch darüber hinaus an Popularität gewonnen und sich in den folgenden Jahren, so das Wissenschaftszentrum Berlin, zur weltweit führenden Leitvision für die gesamtgesellschaftliche Gestaltung im Zeitalter der Globalisierung entwickelt. (WZB 2000:23) Heute wird das Konzept nachhaltiger Entwicklung oftmals in einem *Drei Säulen Modell* dargestellt, demzufolge eine nachhaltige Entwicklung gleichgewichtig die Dimensionen der Ökologie, der Ökonomie und des Sozialen berücksichtigt (ebd.)

Als zentrales Dokument der Konferenz von Rio kann die Deklaration der *Agenda 21* benannt werden. Dieses „*Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert*“ (BMU 1992:1) folgt dem Leitspruch *Global denken, lokal handeln*, wenn es im Kapitel 28 explizit den Kommunen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der in der *Agenda 21* formulierten Ziele zuschreibt (vgl. Kapitel 28 der ‚*Agenda 21*‘). Kommunale Nachhaltigkeit soll demzufolge durch die Initiierung *Lokaler Agenda* - Prozesse geschehen. Weltweit werden die Kommunen in der *Agenda 21* also dazu aufgerufen, eigene und lokale Nachhaltigkeitsprozesse zu initiieren und selbst zu gestalten. Seit Mitte der 1990er Jahren wird dieser Prozess in vielen Städten und Gemeinden unter dem Begriff *Lokale Agenda*¹ umgesetzt. Eine Bi-

¹ Kapitel 28 der *Agenda 21* fordert die Kommunen weltweit zur Initiierung kommunaler Nachhaltigkeitsagenden auf. Dieser Prozess findet im Rahmen vorliegender Arbeit unter dem Begriff ‚*Lokale Agenda*‘ Diskussion, aufgrund der großen Häufigkeit des Begriffes wird manchmal auch schlicht die Abkürzung ‚*LA*‘ Verwendung. Manchesmal wird dabei auf den stehenden

lanz anlässlich des Weltgipfels in Johannesburg 2002 ergab, dass in Folge der Konferenz von Rio de Janeiro 1992 rund 6.400 Kommunen in 113 Staaten einen lokalen Agenda 21-Beschluss gefasst haben (Jörgensen 2005:1). Rund 80 Prozent dieser kommunalen *Agenda* - Beschlüsse verorten sich geographisch in Europa, hiervon wiederum über ein Drittel in Deutschland² (ebd.). Die Bundesrepublik gehört damit neben Großbritannien und Schweden zu den Ländern, in denen die Lokale Agenda die größte Resonanz gefunden hat (vgl. Kopatz 2006:15). Eine vergleichende innerdeutsche Perspektive zeichnet jedoch ein äußerst differenzierteres Bild. In der Bundesrepublik Deutschland haben bis zum Jahr 2006 rund 2.600 Kommunen einen Beschluss zur Lokalen Agenda gefasst (Geißler 2006:46, Agenda Transfer 2006). Bei einer Gesamtzahl von 12.753 Gemeinden bundesweit (Statistisches Bundesamt 2006) entspricht dies einem Prozentsatz von 20,1 Prozent³. Betrachtet man diesen Wert jedoch für die einzelnen Bundesländer, so ergeben sich, wie die folgende Tabelle zeigt, enorme Differenzen. Während beispielsweise in Nordrhein-Westfalen weit über die Hälfte aller Kommunen einen Beschluss zur Lokalen Agenda gefasst haben, erreicht dieser Wert in anderen Bundesländern noch nicht einmal fünf Prozent. Die folgende Darstellung berechnet sich aus Werten, die von Agenda Transfer bis zum Jahre 2006 zusammengetragen wurden.

BUNDESLAND	BESCHLUSS ZUR LOKALEN AGENDA (x)	GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN IM LAND (y)	PROZENTWERT $\frac{x}{y} \cdot 100$
BADEN-WÜRTTEMBERG	374	1.146	32,6
BAYERN	701	2.127	33,0
BERLIN	1	1	100,0

Begriff ‚Lokale Agenda‘ und manchmal wird auch von lokalen *Agenda* – Prozessen gesprochen, so wie man auch von kommunalen – *Agenda* – Prozessen sprechen könnte. Dies ist dann nicht der Inkonsequenz der Orthografie zuzuschreiben, sondern versucht, als stilistisches Mittel, die Arbeit besser lesbar zu machen.

² Der Statistik Jörgensen (2006) zufolge wären dies knapp über 1.700 lokale *Agenda* – Beschlüsse in der Bundesrepublik Deutschland. Agenda Transfer, eine bis ins Jahr 2006 vom Land Nordrhein-Westfalen finanzierte Agentur, beziffert diesen Wert sogar auf über 2.600 kommunale *Agenda* - Beschlüsse. (vgl. verlinktes Pdf - Dokument mit dem Titel: ‚Lokale Agenda 21 in 2610 Kommunen‘ auf der Seite <http://www.agenda-service.de/> Kontrollabruf 10.10.2007)

³ Es sei an dieser Stelle betont, dass sich dieser Wert auf alle jemals beschlossenen kommunalen *Agenda* - Prozesse bezieht, damit also auch all diejenigen Kommunen einschließt, deren *Agenda* - Prozesse bereits längst abgeschlossen sind oder mangels Engagement keine Fortsetzung fanden. Ohne empirische Daten darüber zu haben, ist davon auszugehen, dass ein signifikanter Teil der Kommunen mit einem Ratsbeschluss zur lokalen Agenda nurmehr als Karteileichen den beschriebenen Wert nach Oben korrigieren. Als Vergleichswert der Bundesländer erscheint dieser jedoch dennoch aussagekräftig, weil anzunehmen ist, dass die *Agenda* - Prozesse alle Bundesländer hiervon betroffen sind.

BUNDESLAND	BESCHLUSS ZUR LO- KALEN AGENDA ^(x)	GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN IM LAND ^(y)	PROZENTWERT ^(x/y*100)
BRANDENBURG	60	435	13,8
BREMEN	2	2	100,0
HAMBURG	1	1	100,0
HESEN	294	447	65,8
MECKLENBURG-VORPOMMERN	186	885	21,0
NIEDERSACHSEN	126	1.064	11,8
NORDRHEIN-WESTFALEN	275	427	64,4
RHEINLAND-PFALZ	144	2.330	6,2
SAARLAND	35	58	60,3
SACHSEN	46	541	8,5
SACHSEN-ANHALT	20	1.139	1,8
SCHLESWIG-HOLSTEIN	63	1.136	5,5
THÜRINGEN	282	1.015	27,8
BUNDESWEIT	2.610	12.357	21,1

Tabelle 1: *Lokale Agenda* - Prozesse im Vergleich der Bundesländer. Stand Juli 2006

Eigene Darstellung in Rückgriff auf Zahlen von Agenda Transfer (2006) und des Statistischen Bundesamtes (2006)

Vernachlässigt man bei dieser Betrachtung die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen, so clustern sich insbesondere drei Bundesländer gemeinsam an der Spitze der *Agenda* - Prozesse: Hessen, das Saarland und Nordrhein-Westfalen, mit Prozentwerten von jeweils 60-65 Prozent lokaler *Agenda* - Beschlüsse der Kommunen. Das nächstfolgende Bundesland ist Bayern mit einem Wert von 33 Prozent an *Agenda* - Beschlüssen, beinahe gleichauf mit Baden-Württemberg. Es folgen Thüringen, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein. Mit nur knapp zwei Prozent kommunaler *Agenda* - Beschlüsse beschließt Sachsen-Anhalt die Statistik.

Es stellt sich nun die Frage, weshalb die Werte zwischen den Bundesländern derart große Diskrepanzen aufweisen. Zunächst einmal sei an dieser Stelle bemerkt, dass die Quantität der *Lokalen Agenda* - Beschlüsse nicht notwendigerweise ein Verweis auf deren Erfolg darstellen muss. Einen *Agenda* - Beschluss zu fassen ist die einfachere der Aufgaben, einen solchen Prozess jedoch umzusetzen scheint eine weit größere Herausforderung. Die Beobachtung der enormen Diskrepanz zwischen den Bundesländern in Bezug auf die Be-

schlussfassung *Lokaler Agenda* - Prozesse soll daher vor allen Dingen die Forschungsrelevanz dazu bieten, einen spezifischen Blick auf die Prozesse *Lokaler Agenda* in Nordrhein - Westfalen zu werfen. Den angesprochenen Daten von *Agenda Transfer* zufolge haben 275 der 427 nordrhein-westfälischen Kommunen bis ins Jahr 2005 einen Beschluss zur *Lokalen Agenda* gefasst⁴. (vgl. *Agenda Transfer* 2006) Die Beobachtung, dass so viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen einen Beschluss zur Lokalen Agenda gefasst haben, wirft die Frage nach den spezifischen Entwicklungshintergründen und Stabilisierungsbedingungen *Lokaler Agenda* - Prozesse im Land auf. Betrachtet man die diesbezüglichen Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen genauer, so wird man bald auf ein Konstrukt stoßen, das man in dieser Form in keinem anderen Bundesland findet, die *Landesarbeitsgemeinschaft AGENDA 21 NRW e.V.*⁵ Die Landesarbeitsgemeinschaft ist ein Netzwerk aus Kommunen, Kreisen, Initiativen und Privatpersonen die sich alle mit *Lokalen Agenda* - Prozessen in Nordrhein-Westfalen beschäftigen. Die *LAG 21* hat sich in den späten 1990er Jahren aus kommunaler Initiative heraus gegründet, um die nordrhein-westfälischen Gemeinden in *Agenda* - Initiativen zu vernetzen und ihnen die Möglichkeit zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu geben. Im Frühjahr 2001 institutionalisierte sich die LAG in Form eines Vereines, und bis heute haben sich eine Vielzahl von Kommunen, Kreisen, Initiativen und Privatpersonen dem Netzwerk angeschlossen, so dass sich heute viele der Akteure, die sich in NRW mit lokalen *Agenda* - Prozessen beschäftigen, auch Mitglied der *LAG 21* sind. Im September 2007 verzeichnete die *LAG 21* einen Stand von 120 Mitgliedern. Das Wachstum der LAG und die zunehmende Vernetzung der Akteure haben im Netzwerk einen Wissenspool entstehen lassen, der es rechtfertigt, die Landesarbeitsgemeinschaft heute als ein Expertennetzwerk für lokale Nachhaltigkeitsprozesse zu bezeichnen. Aus einem losen Selbsthilfeverein hat sich bis heute,

⁴ Vgl. http://www.agenda-nrw.de/index.php?template=temp_b&seite=blic#6 / Kontrollabruf 07.07.2007. Diese Statistik bezieht sich auf alle 275 Kommunen mit *Agenda* - Beschluss im Land. Dieser Wert sagt nichts darüber aus, ob in der jeweiligen Gemeinde noch *Agenda* - Initiativen umgesetzt werden oder nicht. Würde man nur die aktiven *Agenda* - Kommunen Nordrhein-Westfalens berücksichtigen, so sei an dieser Stelle die Mutmaßung formuliert, läge der prozentuale Wert der Organisation innerhalb der *LAG 21* signifikant höher.

⁵ Das Netzwerk firmierte 2001 als Verein unter dem Namen *Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.* Im Rahmen des Arbeitsumfeldes der Akteure wird der Verein unter dem Titel *LAG 21* kommuniziert. Diese Abkürzung wird auch in der vorliegenden Studie vielfach Gebrauch finden.

so die These dieser Arbeit, ein stärker strukturiertes und formalisiertes Projekt- und Expertennetzwerk für Fragen lokaler Nachhaltigkeit entwickelt. Seit ihrer formalen Gründung als Verein arbeitet die *LAG 21* auf Projektbasis und die Finanzierung der Arbeit des Netzwerkes erfolgt größtenteils über projektspezifische Förderung, zumeist aus Landestöpfen. Aus dieser Förderung, die seit 2003 durch Mitgliedsbeiträge der Kommunen ergänzt wird, unterhält sich die *LAG 21* inzwischen eine Geschäftsstelle mit einem Geschäftsführer und drei projektbezogenen Mitarbeiterinnen. Trotz der faktischen Institutionalisierung der *LAG* steht die Arbeit dieser Landesgeschäftsstelle auf wackeligen Beinen, schließlich ist die Unterstützung durch die Projektmittel des Landes immer wieder aufs Neue von der positiven Beurteilung des jeweiligen Projektantrages durch den Fördergeber abhängig. Von Seiten der Landesarbeitsgemeinschaft wird eine solche Förderpraxis zwar einerseits als notwendige Motivation akzeptiert, andererseits findet auch immer wieder der Wunsch nach einer stärker institutionellen Förderung Ausdruck, um der Arbeit mehr Konstanz und Planungssicherheit zu geben. Vor diesem Hintergrund erscheint das jüngste Projekt der *LAG* besonders interessant. Unter dem Titel *Netzwerk Nachhaltigkeit* beschäftigt sich die *LAG 21* im Projektzeitraum November 2006 bis Dezember 2008 insbesondere mit der Fortentwicklung der eigenen Netzwerkstruktur. In der Projektbeschreibung heißt es hierzu:

Die *LAG 21* hat in der Vergangenheit bewiesen, dass sie die Potenziale zur Stabilisierung, zum Ausbau und zur Professionalisierung der Agendaarbeit in den Kommunen besitzt. Diese Potenziale gilt es nun systematisch in Bezug auf die neuen kommunalen Herausforderungen [...] auszubauen und zu verstetigen. (www.lag21.de⁶)

Der Erfolg der Landesarbeitsgemeinschaft hat das Netzwerk über seine ursprüngliche Bestimmung als bloßes Kommunikationsforum der *Agenda* - Kommunen hinauswachsen lassen. Das Aufgabenspektrum hat sich über die Jahre hinweg verbreitert, die Arbeitsweise hat sich professionalisiert, die Strukturen und Interaktionsmodi zwischen den Akteuren haben sich verdichtet und mit der Wahl der Vereinsform institutionalisiert. Die formulierte These des jüngsten Projektantrages, nämlich dass die *LAG 21* das Potenzial zur Stabilisierung,

⁶Vgl. http://www.lag21.de/de/lag_21_nrw_ev/projekte/netzwerk_nachhaltigkeit.php / Kontrollabruf: 07.07.2007

zum Ausbau und zur Professionalisierung der kommunalen *Agenda* - Arbeit habe, soll im Rahmen vorliegender Studie vor dem Hintergrund der lokalen *Agenda* - Prozesse in NRW untersucht werden. Im Folgenden soll dieses empirische Erkenntnisinteresse noch weiter konkretisiert werden.

2 Erkenntnisinteresse, Fragestellung und Arbeitshypothesen

Der empirisch-analytische Teil dieser Studie möchte den Einfluss der *LAG 21* auf die lokalen *Agenda* - Prozesse in Nordrhein-Westfalen erforschen. Hierzu ist es notwendig einerseits die lokalen *Agenda* - Prozesse in NRW zu untersuchen und andererseits die *LAG 21* einer Analyse zu unterziehen. Daher gilt es zunächst zu untersuchen, weshalb Nordrhein-Westfalen, im Vergleich zu den anderen Bundesländern, einen so viel höheren Anteil an *LA* - Beschlüssen aufweist, wobei es sehr allgemein um die Frage der Stabilisierungsbedingungen *Lokaler Agenda* - Prozesse gehen wird. Hiernach werden die spezifischen Rahmenbedingungen und Entwicklungslinien für die *Lokalen Agenda* - Prozesse in NRW dargestellt. In diesem Rahmen kommt es zur Untersuchung der *Landesarbeitsgemeinschaft AGENDA 21 NRW e.V.*. Die vorliegende Arbeit nimmt dabei einen kausalen Zusammenhang zwischen der *LAG 21* (*unabhängige Variable*) und der Entwicklung der *Lokalen Agenda* - Prozesse in Nordrhein-Westfalen (*abhängige Variable*) an. Der Kausalbezug zwischen der unabhängigen Variable und der abhängigen Variablen wird dahingehend angenommen, dass die *LAG 21* die *Lokalen Agenda* - Prozesse in Nordrhein-Westfalen bestärkt. Die hieraus abgeleitete zentrale Arbeitshypothese der Studie kann damit lauten:

[Zentrale Arbeitshypothese] Die Arbeit der *LAG 21* bestärkt die *Agenda* -Prozesse im Land Nordrhein-Westfalen.

Eine solche Beförderung der *Lokalen Agenda* - Prozesse kann in unterschiedlicher Art und Weise geschehen, und es wird Gegenstand der Analyse sein, den Einfluss der *LAG 21* auf die *Lokalen Agenda* - Prozesse in NRW herauszufin-

den. Die formulierte, zentrale Hypothese sei im Folgenden jedoch nochmals durch Annahmen spezifiziert:

[Annahme 1] Die *LAG 21* bestärkt die *Lokalen Agenda* - Prozesse ihrer Mitgliederkommunen durch den Informationsaustausch innerhalb des Netzwerkes und durch die Organisation gemeinsamer Projekte.

[Annahme 2] Die *LAG 21* bestärkt die *Agenda* - Arbeit in Nordrhein-Westfalen über ihre Präsenz als Netzwerk und zentralem Akteur in Bezug auf das Management *Lokaler Agenda* – Prozesse.

[Annahme 3] Die *LAG 21* bestärkt die Diffusion des Leitbildes nachhaltiger Entwicklung in Nordrhein-Westfalen über ihren Einfluss auf regionale Lernprozesse.

3 Theoretischer Zugang und methodisches Vorgehen

Theoretischer Zugang der Arbeit

Als theoretischen Hintergrund bemüht die Untersuchung das Konzept der *Regional Governance*. *Regional Governance* ist ein aus der Regionalwissenschaft stammender Ansatz, der sich mit Prozessen regionaler Selbststeuerung beschäftigt⁷. Für den vorliegenden Untersuchungsgegenstand erscheint dieser theoretische Ansatz aus zweierlei Gründen als äußerst fruchtbar. Einerseits folgen die vielfältigen Prozesse *Lokaler Agenda* einem Konzept lokaler Selbststeuerung, wenn sie zur kommunalen Implementierung des Leitbildes *nachhaltiger Entwicklung* Kooperationsmuster aus örtlicher Politik, Ökonomie und Zivilgesellschaft fordern. In Kapitel 28 der *Agenda 21* (1992) werden die kommunalen Gebietskörperschaften explizit dazu aufgerufen, sich in einen Dialog mit der Zivilgesellschaft und der Ökonomie zu begeben, um gemeinsam lokale Agen-

⁷ Wenn der Ansatz Prozesse regionaler Selbststeuerung ins Zentrum seiner Betrachtung stellt, dann sind hier insbesondere *bottom up* – Prozesse gemeint, welche sich aus kommunaler Initiative zu netzwerkartigen Gebilden verfestigen, die jedoch nur selten formalen oder anerkannten Akteurscharakter besitzen und denen daher bisher nur selten wissenschaftliche Aufmerksamkeit zukam.

den zu initiieren. (ebd.) Andererseits bietet die *Regional Governance* - Perspektive auch einen vielversprechenden Ansatz zur Untersuchung der *LAG 21*. Die Landesarbeitsgemeinschaft ist aus kommunaler Initiative als *bottom up* - Netzwerk entstanden. Dieser Entstehungshintergrund, sowie die Arbeitsweise des Netzwerkes, lässt den gewählten theoretischen Hintergrund als vielversprechende Analyseschablone erscheinen. In theoretischer Perspektive untersucht die Studie damit, inwieweit die Prozesse *Lokaler Agenda* in NRW über die Arbeit der *LAG 21* als Beispiel einer solchen regionalen Selbststeuerung dienen können.

Methodisches Vorgehen der Arbeit

Die Landesarbeitsgemeinschaft fand bisher noch keine wissenschaftliche Betrachtung und auch die lokalen *Agenda* - Prozesse in Nordrhein-Westfalen wurden nur sehr selten zum Untersuchungsgegenstand. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist die Arbeit von *Agenda Transfer*. Diese private Agentur hatte bis ins Jahr 2006 den Landesauftrag von Seiten des MUNLV⁸, die lokalen *Agenda* - Prozesse in NRW zu begleiten, zu kommunizieren und zu dokumentieren. Auf die gesammelten, umfangreichen Daten lässt sich als Download oder *html* - Dokument, partiell noch über die inzwischen brachliegenden Homepages www.agenda-nrw.de und www.indikatoren-portal.net zugreifen. Andere, von *Agenda Transfer* initiierte Portale wie www.agenda-leselust.de oder www.gute-beispiele.net können nicht mehr aufgerufen werden. Soweit diese Daten zugänglich waren wurden sie auch im Rahmen vorliegender Arbeit genutzt. (vgl. zum Beispiel *Agenda Transfer 2006a/b*) Trotz dieser Dokumentationshilfen kann die Datenlage bezüglich der *LA* - Prozesse in NRW sowie der *LAG 21* als überaus dürftig bezeichnet werden. Diese Realität ist ein Forschungsmanko und stellt für die vorliegende Arbeit eine große Herausforderung dar. Daher wird es neben der *Dokumenten- und Inhaltsanalyse* diverser öffentlich zugänglicher und grauer Literatur zu fünf Telefoninterviews (*leitfadengestützte Experteninterviews*), sowie zu einer Erhebung mittels eines Online-

⁸ Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen.

Fragebogens (*schriftliche Befragung*) kommen. Die Akten- und Dokumentenanalyse soll dabei unter Berücksichtigung diverser Protokolle, Projektanträge und weiterer grauer Literatur die Basis legen, vor deren Hintergrund es dann zur Interpretation der Experteninterviews und der schriftlichen Befragung kommen wird. Die qualitativen Interviews wie auch die internetbasierte Fragebogenerhebung sollen beide dazu dienen, die grundlegende Fragestellung zu beantworten, nämlich inwieweit die Arbeit der *LAG 21* die Prozesse der Lokalen Agenda in Nordrhein-Westfalen beeinflusst. Darüber hinaus sollen die qualitativen Interviews auch noch dazu dienen, einen Interpretationsrahmen zur späteren Analyse und Deutung der gewonnenen Erkenntnisse zu legen.

Neben dem akademischen Interesse hat die vorliegende Studie jedoch noch eine zweite Zielrichtung. Die vorliegende Fragestellung wurde so gewählt, dass im Rahmen der Arbeit über die theoretische Prüfung der Forschungsfrage auch noch eine praktische Zielrichtung verfolgt wird. Die Landesarbeitsgemeinschaft hat sich seit 1999 als loser Verbund und seit 2001 als Verein bis heute zu einem relevanten Akteur für die *Agenda* - Arbeit in NRW entwickelt. Trotz der vielfältigen Projekte und Initiativen des Netzwerkes ist der Status des Netzwerkes nicht gesichert und die LAG muss sich von Projektantrag zu Projektantrag immer wieder neu legitimieren. Die vorliegende Arbeit möchte mit ihrer Fragestellung und im Rahmen der empirischen Analyse daher auch den Versuch einer Evaluierung der *LAG 21* unternehmen. Aufgrund der oben bereits angesprochenen Limitationen werden die Ergebnisse erwartungsgemäß nicht umfassend sein und wohl kaum Repräsentativität beanspruchen können. Um einen solchen Anspruch zu erfüllen müsste es, wie dies 2003 im Land Bayern geschehen ist, (vgl. TUM 2003a/b) zu einer weit umfassenderen Evaluierung aller *Agenda* - Prozesse in Land kommen, ein Vorhaben welches den Rahmen einer Magisterarbeit bei Weitem sprengen würde. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der limitierten Ressourcen der Arbeit, versucht die Studie eine kritische Analyse der *LAG 21*, im vollen Bewusstsein angesprochener Defizite.

4 Forschungsstand und Empirie

Die Interdisziplinarität wissenschaftlicher Forschung zu *Lokalen Agenda* - Prozessen kann als ein Verweis auf deren *sui generis* – Charakter gesehen werden. Keine der Wissenschaftsdisziplinen hat sich bisher in Gänze der Komplexität der Thematik angenommen, aber die unterschiedlichsten Fakultäten forschen hierzu. Studien zu den Prozessen *Lokaler Agenda* finden sich in den Raum- und Regionalwissenschaften, in der Soziologie sowie im Rahmen verwaltungs- und politikwissenschaftlicher Arbeiten⁹. Während die Soziologie dabei insbesondere auf die Kommunikations- und Interaktionsbeziehungen zwischen den beteiligten Akteuren blickt und die sozialgeographische Forschung Lokale Agenda mit ‚Urban Governance‘ - und ‚New Public Management‘ Modellen verknüpft, fokussiert die politikwissenschaftliche Forschung hierneben auf die Betrachtung der Implementierung nachhaltiger Politikmuster im Mehrebenensystem (vgl. Kopatz 2006 / Gsänger 2000). Es erscheint jedoch müßig, das Forschungsfeld *Lokale Agenda* in seinen Facetten jeweils der einen oder anderen Disziplin zuordnen zu wollen, denn die Prozesse *Lokaler Agenda* zeichnen sich ja gerade durch ihre Komplexität und Interdependenz aus, was wiederum eine Kooperation der verschiedenen angesprochen Disziplinen geradezu fordert. Ein großer Teil der bisherigen Literatur zu *LA* - Prozessen untersucht fallstudienartig einzelne *Agenda* - Prozesse oder kann im Rahmen der Ratgeberliteratur verortet werden. Selten kam es bisher zu großflächigen Untersuchungen von *Lokalen Agenda* - Prozessen (vgl. Geißel 2006:46f.). Eine der größten empirischen Arbeiten scheint eine Evaluierungsstudie für das Land Bayern aus dem Jahr 2003 darzustellen (TUM 2003a/b). Im Rahmen dieser Forschung kam es zur Analyse aller *Agenda* - Prozesse in Bayern. Eine solch umfassende Betrachtung der lokalen Nachhaltigkeitsprozesse ist für kein weiteres Bundesland bekannt. Weder wurden bisher die *Lokalen Agenda* - Prozesse in NRW großflächig untersucht, noch fand die *LAG 21* bereits wissenschaftliche Würdigung.

⁹ Die fruchtbarsten politikwissenschaftlichen Gedanken zur lokalen Agenda finden sich der Beurteilung dieser Arbeit zufolge im Sammelband *Lokale „Agenda 21“ – Prozesse. Erklärungsansätze, Konzepte und Ergebnisse*“ aus dem Jahre 2000. Herausgegeben von Hubert Heinelt und Eberhard Mühlich (Heinelt/ Mühlich 2000 / vgl. auch Rössler 1997, Heinelt 2000, Rössler 2000)

Dies ist, hält man sich den empirischen Reichtum der *Agenda* - Prozesse und der Landesarbeitsgemeinschaft vor Augen, erstaunlich. Die vorliegende Studie möchte sich dieses Forschungsdefizits annehmen.

Der gewählte theoretische Hintergrund und methodische Zugang zur Forschungsfrage wurde bereits vielfach angewandt. Seit den frühen 1990er Jahren hat der Netzwerkansatz in der politikwissenschaftlichen Diskussion starke Verbreitung gefunden (vgl. Weyer 2000b). Die Beobachtung, dass sich Governanceprozesse immer häufiger auf den verschiedenen Politikebenen in unterschiedlichen Akteurskonstellationen gestalten, hat der These einer Horizontalisierung politischer Steuerung bestärkt. Die Prozesse im Rahmen der *Lokalen Agenda* bieten sich dabei als eine Art ‚*Netzwerk – Musterbeispiel*‘ (Geißel 2006:46) geradezu an, um die Axiome des Regional Governance Ansatz, der seinerseits ein horizontales Governanceverständnis teilt, zu untersuchen.

5 Aufbau der Untersuchung

Die vorliegende Arbeit gliedert sich, unter Mitberücksichtigung des Anhangs, in sieben Teile. Den einleitenden Gedanken folgend, geht es im zweiten und dritten Teil um den theoretischen Rahmen und den methodischen Zugang zum Feld. Hieran anschließend kommt es zur Darstellung des Politikprozesses, in dem sich die empirische Analyse verortet. Die Arbeit endet mit einem Fazit, woraufhin der Anhang die Studie schließt.

Die Einführung (A *Einführung*) dient dazu, das Thema zu skizzieren, die zentrale Fragestellung darzustellen, forschungsleitende Hypothesen zu generieren und einen Ausblick auf die Studie zu geben. Aufgabe des theoretischen Teiles (B *Theoretischer Rahmen*) ist es, einerseits das gewählte Theoriekonzept der Regional Governance darzustellen und zu begründen, sowie andererseits den theoretischen und praktischen Hintergrund der Debatte in der politikwissenschaftlichen Diskussion und in der realpolitischen Umwelt integrativ nachzuzeichnen. Der methodische Teil (C *Methodisches Vorgehen*) versucht dann, den gewählten Feldzugang nachzuzeichnen und dem interessierten Leser dieser Arbeit die angewandte Forschungsmethodik nachvollziehbar zu machen.

Der vierte Teil der Studie (*D Nachhaltigkeit und Lokale Agenda*) beschäftigt sich dann, in Vorbereitung der Analyse, mit dem Politikprozess nachhaltiger Entwicklung. Dabei gilt es, den Weg vom Entwurf des Konzeptes im Brundtlandbericht bis zu den vielfältigen Realitäten der Implementierung nachzuzeichnen. Die Erkenntnisse der erhobenen Daten finden sich schließlich im empirischen Teil der Studie (*E Empirische Untersuchung*). Das Fazit schließlich formuliert die gewonnenen Erkenntnisse, reflektiert diese von dem Hintergrund der eingangs formulierten Forschungsfragen und gibt einen zusammenfassenden Ausblick (*F Fazit*). Die Arbeit schließt mit einem Anhang, der neben den Literaturverweisen auch noch den Interviewleitfaden, den Fragebogen sowie einige weitere Quellen zum empirischen Forschungsteil der Studie enthält.